



Gesellschaftsvertrag
der
Bildungslückenfüller gGmbH

§ 1

Firma / Sitz der Gesellschaft / Geschäftsjahr

- (1) Die Firma der Gesellschaft lautet:
Bildungslückenfüller gGmbH.
- (2) Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Berlin.
- (3) Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

- (1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- (2) Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Bildung und Erziehung, insbesondere der Unterstützung von Schulen bei ihrer Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungsaufgabe.



- (3) Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch:
- a. Beschaffung von Mitteln zur zweckgebundenen Weitergabe an Körperschaften des öffentlichen Rechts und andere gemeinnützige Organisationen, die sich mit der Förderung von Bildung und Erziehung beschäftigen
 - b. Herstellung, Herausgabe und Verteilung von Informationsmaterial
 - c. Zusammenarbeit mit anderen gemeinnützigen Organisationen, die sich der Förderung der öffentlichen Diskussion angenommen haben
 - d. Öffentlichkeitsarbeit zur Information über die Probleme und Lösungsmöglichkeiten im Bereich Bildung und Erziehung
- (4) Die Tätigkeit der Gesellschaft ist selbstlos. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Gesellschaft darf sich dabei zur Verwirklichung dieser Zwecke auch geeigneter weisungsgebundener Hilfspersonen bedienen (§ 57 Abs.1 S. 2 AO) und seine Mittel anderen ebenfalls steuerbegünstigten Körperschaften und öffentlichen Einrichtungen zur Verwendung zu den vorgenannten Zwecken zuwenden (§ 58 Nr.2 AO).
- (5) Mittel dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder Auflösung der Körperschaft, oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke, nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.



§ 3

Stammkapital / Geschäftsanteile

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EUR 25.000,00 (Euro fünfundzwanzigtausend).
- (2) Vom Stammkapital wird wie folgt übernommen:

Bernhard Bartz

einen Geschäftsanteil von

12.500,00 EUR,

Joachim Bartz

Einen Geschäftsanteil von

12.500,00 EUR.

- (3) Das Stammkapital ist jeweils zur Hälfte sofort und der Rest nach Aufforderung durch die Geschäftsführung einzuzahlen.

§ 4

Dauer der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Dauer errichtet.

§ 5

Geschäftsführung / Vertretung

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind zwei oder mehr Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.



- (2) Die Gesellschafterversammlung kann einem, mehreren oder allen Geschäftsführern generell oder im Einzelfall Alleinvertretungsbefugnis erteilen und/oder von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien. Gleiches gilt für den Entzug der Alleinvertretungsbefugnis oder den Widerruf der Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB.
- (3) Die Bestellung und der Widerruf der Bestellung der Geschäftsführer sowie Abschluss, Änderung, Aufhebung oder Kündigung von Anstellungsverträgen mit Geschäftsführern obliegen der Gesellschafterversammlung.

§ 6 Befugnisse der Geschäftsführung

- (1) Die Geschäftsführungsbefugnis der Geschäftsführer erstreckt sich auf alle Handlungen, die der gewöhnliche Geschäftsverkehr mit sich bringt. Die Gesellschafterversammlung kann der Geschäftsführung allgemein oder im Einzelfall Weisungen erteilen, zu deren Beachtung die Geschäftsführung verpflichtet ist. Im Übrigen kann die Gesellschafterversammlung eine Geschäftsordnung erlassen, in der die Befugnisse der Geschäftsführung und die Zusammenarbeit sowie die Geschäftsbereiche der Geschäftsführer weitergehend geregelt werden. Dem oder den Geschäftsführer(n) kann Befreiung von der Beschränkung des § 181 BGB erteilt werden.
- (2) Nachfolgende Geschäfte des Geschäftsführers bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die Gesellschafterversammlung:
 - a) jegliche Verfügung über von der Gesellschaft angemeldete oder anzumeldende Markenrechte, einschließlich sämtlicher Nutzungs-, Verwertungs- und Vervielfältigungsrechte;
 - b) die Gründung von Tochterunternehmen und der Erwerb von Unternehmensbeteiligungen;
 - c) die Gründung oder Umbenennung von Unternehmen unter Verwendung der Bezeichnung „Bildungslückenfüller“.



§ 7

Gesellschafterversammlung

- (1) Die Einberufung der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung. Hat die Gesellschaft mehrere Geschäftsführer, so ist jeder Geschäftsführer allein einberufungsberechtigt. Die Minderheitenrechte gemäß § 50 GmbHG bleiben unberührt.
- (2) Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet innerhalb der ersten sechs Monate jedes Geschäftsjahres statt.
- (3) Gesellschafterversammlungen finden jeweils am Sitz der Gesellschaft statt, es sei denn, alle Gesellschafter sind mit einem anderen von der Geschäftsführung vorgeschlagenen Ort einverstanden.
- (4) Die Einberufung der Gesellschafterversammlung hat mittels eingeschriebenen Briefs unter gleichzeitiger Bekanntgabe des Tagungsortes, der Tagungszeit und der Tagesordnung mindestens 14 - vierzehn - Tage vor dem Termin der Gesellschafterversammlung zu erfolgen. Die Einladung ist mit ihrer Aufgabe zur Post bewirkt. Der Tag der Absendung der Einladung (Poststempel) und der Tag der Versammlung werden bei der Fristberechnung nicht mitgezählt. Ist der Aufenthalt eines Gesellschafters unbekannt, oder kann er aus anderen Gründen nicht ordnungsgemäß geladen werden, so ruht sein Stimmrecht bis zur Beseitigung dieses Zustandes.
- (5) Eine Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden und vertretenen Gesellschafter mindestens zwei Drittel aller Stimmen auf sich vereinigen. Ist eine ordnungsgemäß einberufene Gesellschafterversammlung nicht beschlussfähig, so ist eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung unter Einhaltung der in Abs. 4 genannten Form- und Fristvorschriften einzuberufen. Diese Gesellschafterversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Stimmen der anwesenden und vertretenen Gesellschafter beschlussfähig. Dies gilt aber nur, wenn hierauf in der Einladung hingewiesen wurde.



- (6) Sind sämtliche in der Gesellschaft vorhandenen Gesellschafter anwesend oder vertreten, so können Gesellschafterversammlungen auch dann abgehalten werden, wenn die für die Einberufung und Ankündigung geltenden gesetzlichen und/oder gesellschaftsvertraglichen Vorschriften nicht eingehalten worden sind und alle Gesellschafter hiermit einverstanden sind.
- (7) Jeder Gesellschafter kann sich auf Gesellschafterversammlungen von einem anderen Gesellschafter oder von einem zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Dritten mit schriftlicher Vollmacht vertreten lassen. Jeder Gesellschafter kann sich ferner von einem zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Dritten in jeder Gesellschafterversammlung beraten lassen.
- (8) Die Gesellschafterversammlung wird von dem Geschäftsführer geleitet. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, haben diese sich über die Leitung der Gesellschafterversammlung zu einigen. Ist kein Geschäftsführer anwesend oder ist kein Geschäftsführer bereit, die Gesellschafterversammlung zu leiten, oder können sich die Geschäftsführer über die Leitung nicht einigen, wird der Leiter mit der einfachen Mehrheit der Stimmen der erschienenen Gesellschafter gewählt.
- (9) Über die Gesellschafterversammlung ist ein Protokoll zu fertigen, das von dem Leiter der Gesellschafterversammlung zu erstellen ist. Abschriften des Protokolls sind allen Gesellschaftern unverzüglich zuzuleiten. Das Protokoll hat mindestens die anwesenden und vertretenen Gesellschafter, etwaige Verzichte auf die Einhaltung von Form- und Fristvorschriften, alle Anträge und alle Beschlüsse einschließlich der jeweiligen Abstimmungsergebnisse zu enthalten.



§ 9

Gesellschafterbeschlüsse

- (1) Beschlüsse der Gesellschafter werden vorbehaltlich der Regelung in Abs. 2 in Gesellschafterversammlungen gefasst.
- (2) Der Abhaltung einer Gesellschafterversammlung bedarf es nicht, wenn sich alle in der Gesellschaft vorhandenen Gesellschafter mit einer schriftlichen, telegrafischen, fernmündlichen oder sonstigen Art der Abstimmung einverstanden erklären und nicht zwingendes Recht eine andere Form vorschreibt. Werden Beschlüsse außerhalb von Gesellschafterversammlungen gefasst, ist der Wortlaut des Beschlussantrages und das Ergebnis der Abstimmung in einem Protokoll festzuhalten. Abschriften des Protokolls sind allen Gesellschaftern unverzüglich zuzuleiten.
- (3) Gesellschafterbeschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht diese Satzung oder das Gesetz eine höhere Mehrheit vorsehen.
- (4) Abgestimmt wird nach Geschäftsanteilen. Je EUR 50,00 (Euro fünfzig) eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Bei Stimmgleichheit soll die Entscheidung dem Beirat der Gesellschaft übertragen werden.
- (5) Ist das Stimmrecht eines Gesellschafters in einzelnen Angelegenheiten ausgeschlossen, werden seine Stimmen bei der Ermittlung der für den Beschluß erforderlichen Stimmen nicht berücksichtigt.
- (6) Die Nichtigkeit eines Beschlusses der Gesellschafter ist innerhalb eines Monats seit Zugang des betreffenden Protokolls durch gerichtliche Feststellungsklage geltend zu machen. Die gleiche Frist gilt für Anfechtungsklagen gegen Gesellschafterbeschlüsse.



§ 9 Beirat

- (1) Sofern die Gesellschafter dies beschließen hat die Gesellschaft einen Beirat, der aus bis zu fünf Mitgliedern besteht. Auf den Beirat finden § 52 Abs. 1 GmbHG und die dort genannten aktienrechtlichen Bestimmungen keine Anwendung.
- (2) Der Beirat berät die Geschäftsführung. Der Beirat ist weder zur Überwachung der Geschäftsführung noch zur Erteilung von Weisungen an die Geschäftsführung berechtigt oder verpflichtet, soweit er nicht in gesetzlich zulässiger Weise von der Gesellschafterversammlung hierzu ermächtigt wird.
- (3) Die Mitglieder des Beirats werden durch die Gesellschafterversammlung mit einfacher Mehrheit ernannt; es soll sich hierbei um eine in der Branche der Gesellschaft erfahrene Person, die kein Anstellungsverhältnis mit einem Gesellschafter der Gesellschaft unterhält, handeln. Vorstehende Bestimmungen finden auf eine Abberufung eines Beiratsmitglieds entsprechende Anwendung; eine Abberufung ist jederzeit möglich. Ernennung und Abberufung von Beiratsmitgliedern nach Satz 1 und 2 erfolgen jeweils durch schriftliche Mitteilung an die übrigen Gesellschafter und die Gesellschaft.
- (4) Die Mitglieder des Beirats erhalten für ihre Tätigkeit eine Vergütung, die von der Gesellschafterversammlung festgelegt wird. Darüber hinaus haben die Mitglieder des Beirats Anspruch auf Erstattung der ihnen in zweckmäßiger Ausübung ihrer Tätigkeit anfallenden Kosten.
- (5) Der Beirat soll aus seiner Mitte einen Vorsitzenden wählen. Aufgabe des Vorsitzenden ist die Koordination, Einberufung und Leitung der Beiratssitzungen sowie die Aufrechterhaltung der Kommunikation mit der Geschäftsführung und den Gesellschaftern. Der Vorsitzende wird mit einfacher Mehrheit gewählt. Gleiches gilt für seine Abberufung, sofern er nicht für eine feste Laufzeit gewählt wurde.
- (6) Der Beirat kann sich eine Beiratsordnung geben, in der Einzelheiten hinsichtlich der Koordination und des Ablaufs von Beiratssitzungen festgelegt werden können. Der Erlass, die Änderung oder die Aufhebung der Beiratsordnung bedürfen jeweils eines einstimmigen Beschlusses des Beirats.



§ 10

Kuratorium

- (1) Sofern die Gesellschafter dies beschließen, hat die Gesellschaft ein Kuratorium, das aus mindestens drei Personen besteht und die Geschäftsführer bei der Durchführung ihrer Aufgaben berät und unterstützt.
- (2) Die Mitglieder des Kuratoriums werden von den Gesellschaftern mit einfacher Mehrheit gewählt. Ihre Amtszeit läuft bis zur jederzeit möglichen Niederlegung oder Abberufung.

§ 11

Jahresabschluss / Gewinnverwendung

- (1) Der Jahresabschluss (Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) und - soweit gesetzlich vorgeschrieben – der Lagebericht sind von der Geschäftsführung innerhalb der gesetzlichen Frist aufzustellen und, falls Gesetz oder Gesellschafterbeschluss eine Prüfung vorsehen, dem von der Gesellschafterversammlung gewählten Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen.
- (2) Die Geschäftsführung hat den Gesellschaftern den Jahresabschluss und den Lagebericht - soweit eine Prüfung zu erfolgen hat, gemeinsam mit dem schriftlichen Prüfungsbericht des Abschlussprüfers - unverzüglich nach Fertigstellung mit ihren Vorschlägen zur Gewinnverwendung zur Beschlussfassung vorzulegen.



§ 12

Verfügungen über Geschäftsanteile / Andienungspflicht

- (1) Verfügungen (Abtretung, Verpfändung, Nießbrauchsbestellung etc.) von bzw. an Geschäftsanteilen oder Teilen hiervon bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung der Gesellschafterversammlung; der verfügende Gesellschafter ist hierbei stimmberechtigt.
- (2) Beabsichtigt ein Gesellschafter die Veräußerung seiner Geschäftsanteile (ganz oder teilweise oder Teile von Geschäftsanteilen), so ist er verpflichtet, diese zunächst allen übrigen Gesellschaftern zum Erwerb anzubieten, und zwar zu dem Preis, der ihm hierfür geboten wurde (nachfolgend „Veräußerungspreis“ genannt) und unter Nennung des Ankaufswilligen. Alle übrigen Gesellschafter sind berechtigt, die angebotenen Anteile zum Veräußerungspreis im Verhältnis ihrer Stammeinlagen zueinander anzukaufen. Macht ein Gesellschafter von seinem Ankaufsrecht keinen Gebrauch, wächst dieses den verbleibenden Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Stammeinlagen zueinander zu. Über den Erwerb nicht teilbarer Spitzenbeträge eines zu veräußernden Geschäftsanteils haben sich die ankaufswilligen Gesellschafter zu einigen. Dem veräußerungswilligen Gesellschafter ist binnen sechs Wochen nach Zugang des Angebots schriftlich durch jeden übrigen Gesellschafter mitzuteilen, ob von dem Ankaufsrecht Gebrauch gemacht wird, anderenfalls verfällt das Ankaufsrecht des jeweiligen Gesellschafter. Binnen weiterer vier Wochen haben der veräußerungswillige und die ankaufswilligen Gesellschafter die notarielle Veräußerung der Geschäftsanteile vorzunehmen.
- (3) Macht kein Gesellschafter von seinem Ankaufsrecht Gebrauch, so sind alle Gesellschafter verpflichtet, die Zustimmung zu der nach Abs. 2 Satz 1 angezeigten Veräußerung zu erteilen. In gleicher Weise sind alle Gesellschafter verpflichtet, die Zustimmung zu der Veräußerung an den/die ankaufswilligen Gesellschafter zu erteilen. Alle Gesellschafter sind ebenfalls verpflichtet, die Geschäftsführung, falls dies erforderlich ist, anzuweisen, einer Teilung eines Geschäftsanteils zuzustimmen.



§ 13

Einziehung von Geschäftsanteilen

- (1) Mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters kann sein Geschäftsanteil jederzeit eingezogen werden.
- (2) Die Gesellschafterversammlung kann die Einziehung eines Geschäftsanteils ohne Zustimmung des betroffenen Gesellschafters mit einfacher Mehrheit beschließen, wenn
 - a) in der Person des Gesellschafters ein seine Ausschließung rechtfertigender Grund vorliegt oder
 - b) der Gesellschafter seinen Austritt aus der Gesellschaft erklärt hat oder
 - c) eine Auflösungsklage des Gesellschafters rechtskräftig abgewiesen worden ist oder
 - d) über das Vermögen des Gesellschafters das Insolvenzverfahren rechtskräftig eröffnet oder die Eröffnung rechtskräftig mangels Masse abgelehnt wurde oder wenn der Gesellschafter die Richtigkeit seines Vermögensverzeichnisses an Eides statt versichert hat oder
 - e) eine Einzelzwangsvollstreckung in seinen Geschäftsanteil erfolgt, und zwar drei Monate nach Zustellung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses (falls die Zwangsvollstreckungsmaßnahme nicht zu diesem Zeitpunkt wieder aufgehoben worden ist), spätestens aber mit der Verwertung des Geschäftsanteils.
- (3) Steht ein Geschäftsanteil mehreren Mitberechtigten ungeteilt zu, so ist die Einziehung auch zulässig, wenn deren Voraussetzungen nur in der Person eines Mitberechtigten vorliegen.
- (4) Statt der Einziehung kann die Gesellschafterversammlung mit einfacher Mehrheit beschließen, dass der Geschäftsanteil an einen anderen Gesellschafter abgetreten wird, oder der Anteil geteilt und an mehrere andere Gesellschafter abgetreten wird, sofern der/die Abtretungsempfänger hierzu bereit ist/sind. In diesem Fall ist der betroffene Gesellschafter verpflichtet, seinen Geschäftsanteil unverzüglich gemäß dem gefassten Beschluss in notarieller Form abzutreten;



§ 11 gilt hierfür nicht. Für den Fall der Teilung des Geschäftsanteils und Abtretung an mehrere Gesellschafter sind alle Gesellschafter verpflichtet, die Geschäftsführung anzuweisen, die Teilung gemäß § 17 GmbHG zu genehmigen. Ein Beschluss nach Satz 1 ist auch zulässig, wenn die Stammeinlage des abzutretenden Geschäftsanteils noch nicht voll eingezahlt ist; in diesem Fall stellt der/die Abtretungsempfänger den betroffenen Gesellschafter im Hinblick auf die rückständigen Leistungen frei.

- (5) Bei der Fassung eines Gesellschafterbeschlusses nach Abs. 2 oder Abs. 4 hat der betroffene Gesellschafter kein Stimmrecht. Mit der Beschlussfassung verliert er das Stimmrecht und sein Recht, an weiteren Gesellschafterversammlungen teilzunehmen, auch wenn die ihm zustehende Abfindung der Höhe nach noch nicht feststeht und/oder noch nicht gezahlt ist.

§ 14

Auflösung, Abwicklung

- (1) Die Auflösung der Gesellschaft kann nur in einer Gesellschafterversammlung beschlossen werden, bei deren Einladung ein entsprechender Tagesordnungspunkt mit dem dazugehörigen Antrag aufgeführt wird.
- (2) Die Auflösung der Gesellschaft kann nur mit einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der abgegebenen Stimmen beschlossen werden. Nach dem Beschluss über die Auflösung ist die Gesellschaft abzuwickeln.
- (3) Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke, fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung der Bildung und Erziehung.



§ 16 Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Bundesanzeiger.

§ 18 Schlussbestimmungen

- (1) Sollten Bestimmungen dieser Satzung unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt werden. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung gilt dann eine Regelung, die im Rahmen des rechtlich Möglichen dem am nächsten kommt, was die Parteien nach dem Sinn und Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung gewollt haben. Das gleiche gilt für die Ausfüllung von Vertragslücken.
- (2) Die Gesellschaft trägt den mit der Gründung verbundenen Aufwand (Notar-, Gerichts- und Veröffentlichungskosten) bis zu einem Gesamtbetrag von EUR 1.500,00.